

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XXII/220

Bad Godesberg, den 16. November 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

- 2 SPD - Vorwärtsdrängende Kraft 94

Nach der Konferenz in Bad Godesberg

ZUM VOLKSTRAUERTAG:

3 - 4 D A S J A H R E T A G 90

Die Geschichte eines stillen Friedhofs

Von Erich Paekowski

5 Renten Anpassung im Zeichen der Verwaltungskonjunktur 85

Von Fritz Büttner, NdB

FRAN UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Seite 1 - 3

Bundeskonzferenz der SPD 1967
Frauen haben das Wort

* * *

SPD - Vorwärtsdrängende Kraft

Nach der Konferenz in Bad Godesberg

G.M. Um es vorwegzunehmen: Alle jene, die landauf, landab in den Zeitungen geschrieben und in Rundfunk und Fernsehen behauptet hatten, die Bundeskonferenz der SPD in Bad Godesberg werde im Zeichen eines Aufstandes des Fußvolks der Partei gegen die Führung stehen, haben sich geirrt oder waren falsch unterrichtet worden. Das Gegenteil ist eingetreffen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat einmal mehr bewiesen, daß sie fähig ist, in einer offenen Diskussion ihren Standort auszuloten, Unklarheiten zu klären und der demokratischen Willensbildung einen Platz zu sichern, von dem man wünschen möchte, daß er in allen Parteien in der Bundesrepublik zu finden sei.

Mit Recht konnte Willy Brandt zum Abschluß der Konferenz feststellen, daß Führung und Vertrauensleute viel voneinander gelernt haben, daß Missverständnisse ausgeräumt wurden und daß jeder Sozialdemokrat von dieser Konferenz mit stolzerhobener Hand seine Arbeit für die Gemeinschaft unserer Nation fortsetzen kann.

Die auf der Godesberger Tagung gehaltenen Reden und die Diskussionsbeiträge werden in Kürze in vollem Wortlaut vorliegen. Wer nicht böswillig ist, kann sich selbst davon überzeugen, daß in den Hauptkonferenzen und in den Arbeitsgemeinschaften die wichtigsten Probleme der deutschen Politik angesprochen wurden. Kein Diskussionsredner hat hierbei die Existenz der Regierung der Großen Koalition in Frage gestellt. Im Kern konzentrierte sich die Diskussion auf die Frage, wie die Partei wirkungsvoller ihr ureigenstes Gedankenstück für die Formung einer modernen Gesellschaft darstellen und wie die Demokratie in Deutschland so festgefügt werden kann, daß niemand und nichts das deutsche Volk zum zweiten Mal in einem kurzen Geschichtsabschnitt in eine Katastrophe zu stürzen in der Lage ist.

In diesem Zusammenhang spielten während der Konferenz drei Themen eine bedeutsame Rolle.

- 1.) Das Verhältnis der jungen Generation zum demokratischen Staat.
- 2.) Die SPD und die Gewerkschaften.
- 3.) Die Sicherung der Demokratie.

Zahlreiche Diskussionsredner haben die Unruhe in einem großen Teil der deutschen Jugend als die natürliche Reaktion auf das Verhalten einer vor sich in scheinbarer Sicherheit wiegenden Gesellschaft zurückgeführt. Hier soll dürfte wohl die Tatsache eine nicht unwesentliche Rolle spielen, daß man der Nachkriegsgeneration fast ein Jahrzehnt lang erzählt hat, sie lebe in der besten aller Welten, man dürfe keine Experimente zulassen und mit möglichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten werde die Wirtschaft selbst in einem Prozeß des Auspendelns fertig werden. Diese Vorstellung hat sich als falsch erwiesen. Die junge Generation weiß das, während viele ältere Bürger unseres Staates so tun, als sei das, was sie vor einem Jahrzehnt gepredigt haben, heute noch gültig.

Die SPD ist entschlossen, sich dieser Diskrepanz im Bewußtsein der denkenden jüngeren Menschen in unserem Land zu stellen.

Das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften ist - das zeigte erneut die Godesberger Tagung - viel viel besser, als manche es wahrhaben wollen. Gewiß, es gab auch während dieser Tagung Fragen nach den Ab-

Schleppkosten für die Versäumnisse und Fehler früherer Regierungen. Überinstimmend jedoch wurde anerkannt, daß die Sozialdemokratische Partei in Starke war, einen wesentlichen Teil ihrer seit langem geforderten aber von früheren Regierungen immer wieder abgewiesenen Elemente einer vorausschauenden, längerfristigen Wirtschafts- und Finanzpolitik in die heutige Regierungspolitik einzuführen. Es ging im ersten Jahr der Regierung der großen Koalition zunächst darum, die Stabilität der Währung zu erhalten und den arbeitenden Menschen die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes zu nehmen. Als Bundesverkehrsminister Georg Leber außerdem darauf hinweisen konnte, daß die von der SPD in die Regierungspolitik eingeführten Elemente mit dem Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes übereinstimmen, war zu spüren, wie die Delegierten der Godesberger Tagung die selbstverständliche Solidarität zwischen SPD und Gewerkschaftern ohne Vorbehalt anerkennen.

Die Sicherung der Demokratie. Das war in allen drei Arbeitsgemeinschaften Fundament und Zielrichtung der Diskussion. Keine andere Partei in Deutschland als die SPD weiß besser, was es bedeutet, wenn die demokratische Substanz des Staates ausgehöhlt wird und wenn Teile unseres Volkes beginnen, die Demokratie als Staatsform abzulehnen. Gestern haben wir an dieser Stelle die Zusammenhänge zwischen Wirtschafts-, Finanz-, Gesellschafts- und Deutschlandpolitik dargestellt wie sie Herbert Wehner in seinem Grundsatzreferat und in seiner die Tagung abschließenden Rede umfassen hatte. Diesen Wahrheiten ist kein Wort hinzuzufügen. Es würde die Bedeutung einer solchen Markierung des Standpunktes der SPD abschwächen. Sollte man versuchen, hier und dort den Ausführungen Wehners ein WENN oder ABER anzufügen.

Das sollten auch alle jene wissen, die heute nichts Besseres zu tun haben, als den Sozialdemokraten vorzuwerfen, daß die schwere Arbeit des Begräbnisses der Ergebnisse einer falschen Politik nicht schneller vorstatten geht. Zugegeben, diese Arbeit ist nicht immer leicht; sie kann es nicht sein, weil sie nicht mit leichter Hand vollbracht werden kann.

Die Deutsche Sozialdemokratie hat mit ihrer Konferenz in Bad Godesberg nüchtern und sachlich erneut Marksteine gesetzt. Sie hat Freunde und Gegner wiederum wissen lassen, daß niemand an ihr vorbei oder über sie hinweggehen kann, wenn es darauf ankommt, die deutsche Demokratie krisenfest zu machen und den Staat und der Nation ein Fundament für ihre Existenz zu geben. Von dem aus sie, die Nation, in der Lage ist, ein entscheidendes Wort bei der Sicherung von Freiheit und Frieden in Europa mitzusprechen. Wer je daran gezweifelt hat, daß die SPD dazu nicht fähig ist, sollte sich der Tatsache bewußt sein:

Auch bei Annahme gelegentlich notwendiger Kompromisse bleibt die große, in mehr als hundert Jahren hart und selbstbewußt gewordene Partei ihrem Volk und sich selbst treu. Jeder kann mit ihr streiten, innerhalb und außerhalb der Partei. Aber jeder soll sich stets daran erinnern, daß in ihr ein unändiger Wille zur Erhaltung der deutschen Demokratie lebt.

D A S J A M M E R T A L

Die Geschichte eines stillen Friedhofs

Von Erich Paykowski

Machen Friedhöfe Geschichte? - Oder die Menschen, die starben und nun auf einem Stück Erde zur letzten Ruhe gebettet wurden? Gefallene Soldaten, die auf Friedhöfen von Atlantik bis Sibirien ruhen? Ehrenfriedhöfe mit Soldatengrübern, Kriegerdenkmälern, Obelisken, Grabsteinen, Kreuzen? Stätten, an denen zum Volkstrauertag der Toten gedacht wird und wie jedes Jahr von Ehre und Vaterland die Rede ist? Können Friedhöfe "Geschichte schreiben"? Gewiß ... sie können es. Aber nicht alle, bestimmt nur wenige.

* * *

Der "Friedhof Jammertal" im südöstlichen Niedersachsen schrieb seine Geschichte selbst, als wäre sie schon vor Jahrhunderten bestimmt gewesen. Der Name ist eine alte Ortsbezeichnung. Das "Jammertal" liegt an einer einsamen Landstraße in Salzgitter. Dichtes Buschwerk rahmt es ein. Bäume werfen Schatten auf ein großes Viereck dahinter.

Die üppige Pracht der Natur gedieh hier schon, als es überhaupt keinen "Friedhof Jammertal" gab ... und Tote auf diesem Stück Erde verscharrt wurden, nachdem sie alles menschliche Leid, all die Schmerzen ausgestoßener Kreaturen hatten ertragen müssen.

* * *

Mitten im letzten Krieg, 1942/43, wurde der Friedhof angelegt. Mitten im Kriege fanden hier Deutsche und Ausländer ihre letzte Ruhe. Sie kamen in dem berüchtigten Arbeitslager 21 und in einem Außenlager der Konzentrationslager Neuengamme, Oranienburg und Sachsenhausen um. Die meisten Toten waren Zwangsarbeiter oder politische Häftlinge.

* * *

Im "Arbeitserziehungslager 21 Hallendorf", amtlich so von der Gestapo Braunschweig ausgewiesen, "starben" in der Zeit vom 18.2.1943 bis 27.2.1944 genau 742 Polen, Holländer, Italiener, Deutsche, Tschechen, Russen, Dänen, Franzosen, Belgier, Letten, Staatenlose, ein Serbe und ein Chinese. Sie waren beim Bau der einstigen "Reichswerke Hermann Göring" eingesetzt. Hier gab es keine Verbrennungsöfen. Die Gestapo mußte in dem damaligen Niemandsland der Industrialisierung auf dem größten Eisenerzlager Deutschlands wenigstens etwas Rücksicht auf die vielen Deutschen nehmen, die von der Saar oder der Ruhr aus Schlessien oder dem Rheinland nach Salzgitter verpflichtet worden waren. Als "Hermann-Göring-Stadt" sollte dieses Industriegebiet zum Geschichtsabschnitt des "1000-jährigen Reiches" werden.

So führt die Gestapo genau Buch, woran diese 742 Häftlinge zu Tode kamen. Bürokratisch genau: Name, Vorname, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Sterbetag, Todesursache. Die Originale der Todesbescheinigungen deponierte die Gestapo beim zuständigen Standesamt. Welch' bürokratische Ironie in einer Zeit der Tyrannei ...

* * *

Erster Name auf der vor einiger Zeit aufgefundenen "Liste des Todes": Josef, Rozhoki, 20 "Selbstmord durch Überfahren eines Zuges am 18.2.43."

An sechster Stelle: Der Italiener Anton Pagrozzi, 39, Todesursache: "Lungenentzündung".

Der "amtlichen Todesursache" zufolge verstarben ein Pole und zwei Russen am 26.11.1942 an "Herzlähmung" ... im Alter von 19, 22 und 26 Jahren. "Herzlähmung" steht auch auf dem Totenschein des Dänen Svend Burkal, 19, des Franzosen Albert Basley, 20, und vieler anderer, die im gleichen Lebensalter, oft kaum älter als dreißig Jahre, waren.

"Herz- und Kreislaufschwäche" als Todesursachen fünf-, sechs- und siebenmal an einem Tage, aber auch "Auf der Flucht erschossen" oder "Herz- oder Kopfschuß".

"Tod durch den Strang" hingegen nur vereinzelt ... oder auch "Strangulation". An "Phlegmone" (eitrige Zellgewebsentzündung) soll Ma An-Schaw aus China am 10.8.1942 gestorben sein.

Die letzten Eintragungen stammen vom 4.4.1945. An diesem Tage kamen die Deutsche Frieda Argut und die Ukrainerin Paraskawia Prozenko, 25 und 18 Jahre alt, um "Todesursache" für beide: "Innere Verletzungen."

"Auf der Flucht erschossen" wurden, laut Todesursachen mehr Strafgefangene, je näher das Kriegsende rückte. Weniger Lagerinsassen starben in den letzten Kriegsjahren an Herz- oder Kreislaufschwäche, Gehirnschlag oder Krankheiten mit natürlich erscheinender Todesfolge.

Ob all diese Toten auf dem "Friedhof Jammertal" ruhen? weiß niemand genau.

* * *

"In memory auf our 183 Jewish brothers" ... "Zur Erinnerung an unsere 183 jüdischen Brüder." So steht auf einem Obelisk im "Jammertal". Im März und April 1945 wurden 183 Juden aus KZs nach Salzgitter überstellt. Alle 183 starben hier ... und wurden auf dem Friedhof in Massengräbern verscharrt. Die Grabsteine mit ihren Namen liegen unverankert darauf.

* * *

Franzosen errichteten ein schlichtes Holzkreuz, an dem einige Unbelehrbare in der Nacht vom 19. zum 20. April 1947 eine Strohpuppe mit Eichenkranzarmbinde und einem Schild davor anbanden: "Deutschland erwache, Israel Verrecke" stand darauf. Die vier Jahre später gefaßten Täter, von denen einer damals Kreisvorsitzender der rechtseradikalen DRP war, rissen den Obelisk und 78 Kissensteine von den Gräbern der toten Juden. Es war seinerzeit das schändigste Verbrechen dieser Art nach 1945 in der Bundesrepublik.

* * *

Der "Friedhof Jammertal" erinnert an die Zeit der nationalen Schwäche, ohne zur Wallfahrtsstätte für Neugierige geworden zu sein. Am Totensonntag 1945 fand hier die erste Gedenkfeier statt. Seitdem ehrt die Gewerkschaftsjugend einmal im Jahr diese Toten in der Zeit, in der man überall auf Friedhöfen und Ehrenfriedhöfen Blumen und Kränze niederlegt.

Und so schrieb dieser Friedhof seine Geschichte ungewollt weiter bis zum heutigen Tage. In einem Kapitel ist zu notieren, daß sich die Stadt, in der das "Jammertal" liegt, sich seiner annahm und zu einem der schönsten und würdigsten Ruhestätten in ganz Europa gestaltete. Niemand im Rathaus dieser Stadt verlor jemals ein Wort darüber, nirgendwo heißt er auch amtlich "Ehrenfriedhof". Er ist es ... wie die Pflege dieser Stätte zu einer stillen, immerwährenden Aufgabe wurde.

+ + +

Rentenanpassung im Zeichen der Verwaltungskonjunktur

Von Fritz Büttner, MdB

In meinem Wahlkreis wohnt eine 76jährige Witwe, deren überdurchschnittliche Rente vor der Erhöhung nach dem 9. Rentenanpassungsgesetz 108,90 DM aus der Rentenversicherung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte betrug. Zu ihrer Freude wurde die Rente um 32,80 DM auf 141,70 DM erhöht. Nun bezieht diese Witwe aber auch eine Kriegsschadenrente. Diese wurde um 25,- DM gekürzt, weil durch die Erhöhung der Rente der Einkommenshöchstbetrag überschritten wurde. Es verblieb ihr von der Rentenanpassung noch ein Betrag von 7,80 DM. Weil sie aber eine bescheidene, dennoch teure Wohnung hat, wurde ihr ein Wohngeld von 28,80 DM bewilligt. Wegen Verringerung der Kriegsschadenrente um 25,- DM mußte jetzt auch noch die Wohnbeihilfe um 5,- DM gekürzt werden, so daß ihr von der Rentenanpassung effektiv nur 2,80 DM verblieben. Daß auf diese Weise die Freude über die Rentenerhöhung schnell verging, ist nur zu verständlich.

Ein solcher Vorgang muß bei den Rentner und Rentnerinnen Ärger auslösen. Was sich außer dem Tatbestand, daß von 32,80 DM nur noch 2,80 DM übriggeblieben sind, bedrückt ist, daß zu dem gesamten Vorgang eine Bescheiderteilung und erläuternde Darstellungen durch die Stadt- und Kreisverwaltung gegeben werden mußte. In Fotokopien liegen mir 10 ganze Seiten vor. Kenner der Materie haben mir vorgerechnet, daß eine Schreibmaschinenseite 0,50 DM Unkosten bereitet. Auf diesen konkreten Fall angewandt heißt es, daß die effektive Mehrleistung das Doppelte an Verwaltungskosten notwendig macht, was die Witwe tatsächlich mehr hat. Sinn und Zweck der Rentenanpassung soll doch sein, daß die Renten dem veränderten Preisgefüge angepaßt werden. Wie soll es erast werden, wenn die vielen Rentner, die verschiedene anrechenbare Bezüge aus anderen Quellen nach Einführung des Beitrages von 2 Prozent zur Krankenversicherung der Rentner haben, nun gezwungen sind, die Erstattung des 2-prozentigen Krankenkassenbeitrages zu bewirken? In dem geschilderten Fall wäre es so, daß die 76-jährige Witwe um 8,80 zurückzuerhalten, verschiedene Wege gehen müßte, oder, wenn sie nicht mehr gut zu Fuß ist, freundliche Nachbarn bitten müßte, notwendige Wege für sie zu tun, vielleicht auch noch mit amtlich beglaubigten Vollmachten.

Es lebe die Verwaltungskonjunktur, sie wird bei solch einer Gesetzgebung nie in die Talsohle kommen.